

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
OB/02	S0004/24	09.01.2024

zum/zur

A0288/23 – CDU-Ratsfraktion

Bezeichnung

Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg müssen für effizienterer und kostengünstigere Strukturen auf den Prüfstand

Verteiler

Tag

Die Oberbürgermeisterin	16.01.2024
Betriebsausschuss Kommunale Kindertageseinrichtungen Magdeburg	13.02.2024
Betriebsausschuss Kommunales Gebäudemanagement	13.02.2024
Betriebsausschuss Konservatorium	21.02.2024
Betriebsausschuss Puppentheater Magdeburg	23.02.2024
Betriebsausschuss Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg	27.02.2024
Theaterausschuss	01.03.2024
Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb	05.03.2024
Finanz- und Grundstücksausschuss	06.03.2024
Verwaltungsausschuss	15.03.2024
Stadtrat	04.04.2024

„Der Stadtrat Magdeburg möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zum Ende des 2. Quartals 2024 dem Stadtrat, in Absprache mit sämtlicher Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg, eine Übersicht über mögliche Effektivitätssteigerungen und Kosteneinsparungen der Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe vorzulegen. Ziel ist eine effizientere und kostengünstigere Gesamtstruktur, wenn möglich auch mittels Kooperation oder Zusammenlegung genannter Strukturen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob Investitionen bei Beteiligungsbetrieben und Eigenbetrieben in nachfolgende Haushaltsjahre verschoben werden können.

Begründung

Die Situation des Magdeburger Haushalts, die derzeit eine Haushaltssperre notwendig macht es nun dringend notwendig, grundsätzlichere Überlegungen anzustellen, die mittel- und langfristige Wirkungen erzielen. Ziel soll es sein, dass Geld eingespart und Synergieeffekte identifiziert und genutzt werden.

Viele der Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe sind gewachsene Strukturen. Einen Überblick gibt jedes Jahr der Beteiligungsbericht. Dieser sollte als eine der Diskussions- und Analysegrundlagen dienen. Der Stadtrat, auch der dann 2024 neu gewählte Stadtrat der Landeshauptstadt, muss diesen Prozess gemeinsam mit der Verwaltung gestalten.“

Stellungnahme:

Die Verwaltung nimmt zum Antrag A0288/23 der CDU-Ratsfraktion vom 24.11.2023 wie folgt Stellung:

Eigenbetriebe

Den Betriebsleiter*innen der Eigenbetriebe wurde Ende Dezember 2023 der Antrag A0288/23 der CDU-Ratsfraktion übersandt.

Die Betriebsleiter*innen wurden in diesem Zusammenhang gebeten, die Intention des Antrages (mögliche Effektivitätssteigerungen und Kosteneinsparungen mit der Zielstellung einer effizienteren und kostengünstigeren Gesamtstruktur sowie die Möglichkeit der Verschiebung von Investitionen in nachfolgende Haushaltsjahre) aus ihrer Sicht zu prüfen und das Thema ggf. auf die Tagesordnung der nächsten Betriebsausschusssitzung zu setzen.

Die Betriebsleiter*innen wurden gebeten, der Eigenbetriebsverwaltung bis Ende April 2024 das Ergebnis der Prüfung zur Verfügung zu stellen.

Auf der Grundlage dieser Zuarbeiten und eigener Untersuchungen könnte eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung erfolgen.

Eigengesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung

Den Geschäftsführer*innen der Eigengesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wurde Mitte Dezember 2023 der Antrag A0288/23 der CDU-Ratsfraktion übersandt.

Die Geschäftsführer*innen wurden in diesem Zusammenhang gebeten, die Intention des Antrages (mögliche Effektivitätssteigerungen und Kosteneinsparungen mit der Zielstellung einer effizienteren und kostengünstigeren Gesamtstruktur sowie die Möglichkeit der Verschiebung von Investitionen in nachfolgende Haushaltsjahre) aus ihrer Sicht zu prüfen und die Zielstellung des Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des jeweiligen Aufsichtsgremiums zu setzen.

Abschließend wurden die Geschäftsführer*innen aufgefordert, das Ergebnis der Prüfung (durch die Geschäftsführung und das jeweilige Aufsichtsgremium) dem Beteiligungsmanagement bis zum 15.04.2024 zur Verfügung zu stellen.

Auf der Grundlage dieser Zuarbeiten und eigener Untersuchungen könnte eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung erfolgen.

Simone Borris